

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 28. November 1963

Blatt 2559

Vorschau auf das Budget der Stadt Wien für 1964

(Nähere Einzelheiten in der Einleitung zum gedruckten Voranschlag)

28. November (RK) Der städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Slavik und der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Schwaiger legten heute im "Presseclub Concordia" den in- und ausländischen Journalisten den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien und die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1964 vor.

Hoheitsverwaltung: Einnahmen 7.379 Millionen - Ausgaben 7.585 Millionen

Der Voranschlag der Hoheitsverwaltung (Verwaltungsgruppen I bis XI) für das Jahr 1964 rechnet mit Einnahmen von 7.379,221.300 Schilling (1963: 6.804,358.700 Schilling) und Ausgaben von 7.585,507.200 Schilling (1963: 7.013,548.700 Schilling). Es ist somit ein Abgang von 206,285.900 Schilling (1963: 209,190.000 Schilling) zu erwarten. Der Abgang beträgt 2.7 Prozent (1963: drei Prozent) der Ausgaben.

Die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben werden, unter Beachtung der Entwicklung im laufenden Jahr, mit 37.3 Prozent (gegenüber 37.6 Prozent im Vorjahr) angenommen.

Die städtischen Steuern und Abgaben sinken in ihrem Anteil an den Gesamteinnahmen gegenüber 1963 mit 0.8 Prozent auf 21.6 Prozent, obwohl einige Ansätze erhöht wurden. Es werden erwartet an Gewerbesteuer 750 Millionen (+ 20 Millionen), an Lohnsummensteuer 350 Millionen (+ 20 Millionen), Vergnügungs-

./.

steuer 75 Millionen (+ vier Millionen), Getränke und Gefrorenessteuer - erstmalig in einer Summe veranschlagt - 164,5 Millionen (+ 5,5 Millionen), Anzeigenabgabe 50 Millionen (+ fünf Millionen), Ankündigungsabgabe 20 Millionen (+ fünf Millionen), Feuerschutzsteuer 8,5 Millionen (+ 0,7 Millionen), Ortstaxe 7,5 Millionen (+ 0,5 Millionen), Sportgroschen drei Millionen (+ 0,5 Millionen). Die Ansätze für Grundsteuer und Opferfürsorgeabgabe wurden nicht erhöht, während die Hundeabgabe mit 3,8 Millionen um 0,1 Millionen, die Ausgleichsabgabe auf Lebewiehe mit 1,2 Millionen um 0,9 Millionen und die Ausgleichsabgabe nach dem Wiener Garagengesetz mit 0,5 Millionen um 0,5 Millionen geringer veranschlagt wurden.

Von den Gesamtausgaben entfallen auf den Personalaufwand 30 Prozent (1963: 28,7 Prozent), auf den Sachaufwand 34,3 Prozent (34,8 Prozent), auf einmalige Investitionen 28,4 Prozent (30 Prozent), auf Darlehen 7,3 Prozent (6,5 Prozent),

Das Personal

Der Personalaufwand wird für das kommende Jahr 2.258,648.100 Schilling betragen (1963: 2.010,528.600 Schilling). Im Personalaufwand ist die Gehaltsregulierung berücksichtigt, wodurch sich das Ansteigen des Anteiles des Personalaufwandes an den Gesamtausgaben von 28,7 Prozent auf 30 Prozent erklärt. Bei den Gehaltsvorschüssen hält die sinkende Tendenz weiter an.

Der Personalstand wird um 162 Dienstposten auf 34.682 steigen. Diese an sich geringe Erhöhung ist trotz verschiedener Einsparungen und Reformen durch den ständigen Zuwachs an neuen Kindertagesheimen sowie durch den Mehrbedarf bei den Wohlfahrts- und Krankenanstalten nicht zu vermeiden.

Die Zahl der Pensionisten wird gegenüber 1963 um 117 höher angenommen und daher am Jahresende einen Stand von 16.797 aufweisen.

Kultur, Volksbildung und Schulen

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe III (Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung) werden mit 443,621.400 Schilling angenommen, das sind um 65,347.800 Schilling mehr als im laufenden Jahr. Damit können unter anderem für Ausstellungen und Veranstaltungen 5,9 Millionen, für Studienförderung vier

Millionen, für die Förderung von Wissenschaft, Kunst, Volksbildung und Sport 24,6 Millionen, für die Wiener Festwochen 6,5 Millionen, für die Fremdenverkehrsförderung 8,9 Millionen Schilling ausgegeben werden. Für die Weiterführung des Baues von drei Volksheimen werden 5,1 Millionen, an Restzahlungen für das Internationale Studentenheim in Döbling 6,6 Millionen, für das Planetarium im Prater acht Millionen und für die Instandsetzung der Wiener Secession 2,4 Millionen Schilling bereitgestellt. Der Bau des Jugendhauses Matzleinsdorf wird mit 1,5 Millionen weitergeführt.

Für die Musiklehranstalten werden einschließlich des Personalaufwandes 12,1 Millionen, für die Modeschule 4,7 Millionen zur Verfügung stehen. 1,8 Millionen sind für die Fertigstellung der Zentralheizung im Schloß Hetzendorf bestimmt. Die Städtischen Büchereien werden 2,2 Millionen Schilling ausgeben.

Der Landesbildstelle stehen 150.000 Schilling als Restzahlung für das bereits bezogene Haus zur Verfügung. Durch den Entfall der Unterrichtsfilmbeiträge infolge der neuen Schulgesetze erwachsen der Stadt Wien Mehrausgaben von 70.000 Schilling.

Im Rahmen der Denkmalpflege ist die Restaurierung verschiedener Brunnen im Betrag von 355.000 Schilling beabsichtigt. Die Instandsetzung der Friedhofsmauer und des Gräberhaines des St. Marxer Friedhofes wird fortgesetzt.

Für die Stadtbibliothek ist ein Betrag von 3,1 Millionen erforderlich.

Der Aufwand für die Museen beträgt 7,1 Millionen. 100.000 Schilling sind für die Einrichtung des Uhrenmuseums und 80.000 Schilling für die Modesammlung im Schloß Hetzendorf vorgesehen.

Für den Körpersport werden 29,4 Millionen bereitgestellt, davon drei Millionen für Förderungsbeiträge aus dem Erträgnis des Sportgroschens. Vom Aufwand für bauliche Herstellungen in der Höhe von 21,8 Millionen entfallen zehn Millionen auf verschiedene bauliche Herstellungen in der Wiener Stadthalle und im Stadion, 2,8 Millionen auf die Errichtung neuer Spiel- und Sportanlagen, 7,4 Millionen auf die Fortsetzung begonnener und 1,3 Millionen auf größere Arbeiten an bestehenden Anlagen. 700.000 Schilling stehen zum Ankauf von Spiel-, Sport- und Turngeräten zur Verfügung. ./.

Der Aufwand für die Schulen der Stadt Wien steigt von 231 Millionen im heurigen Jahr auf 281 Millionen Schilling. Während die Zahl der Schulen, Klassen und Schüler bei den Hauptschulen noch immer sinkt, ist ein merkliches Ansteigen der Klassen und Schüler bei den Volksschulen zu verzeichnen. Die Gesamtschülerzahl wird nur um 341 kleiner sein als heuer.

Mit einem Aufwand von 41,4 Millionen werden folgende bauliche Herstellungen bei städtischen Pflichtschulen vorgenommen: die Fortsetzung der Neubauten 6, Stumpergasse (Institut für höhere Forschung); 10, Wienerfeld-West; 11, Enkplatz; 16, Grundsteingasse, und 19, In der Krim, mit zusammen 33 Millionen. Die Neubauten 8, Pfeilgasse, und 10, Ober-Laaer Platz, mit 1,4 Millionen Schilling sowie Planungen, Einbauten beziehungsweise Verbesserungen von Zentralheizungen und Installationen mit 6,9 Millionen. Außerdem sind für die Modernisierung und Erhaltung alter Schulgebäude 45 Millionen bereitgestellt. Mit dem ansehnlichen Betrag von 86 Millionen zusammen für Neubau und bauliche Erhaltung soll also das Modernisierungsprogramm der Gemeinde Wien für die Pflichtschulen im wesentlichen zu Ende geführt werden.

Die Errichtung des 3. Zentralberufsschulgebäudes wird mit 28 Millionen weitergeführt. Um 4,5 Millionen sollen für diese neue Schule Inventar, Möbel, Maschinen und Geräte angeschafft werden.

Wohlfahrtswesen

Der Aufwand der Verwaltungsgruppe IV, Wohlfahrtswesen (ohne Lehrlings- und Altersheime) steigt gegenüber heuer um 22 Millionen auf 540 Millionen. Für das Jugendamt werden 55 Millionen veranschlagt. Die steigende Geburtenzahl erfordert die Bereitstellung von 5,6 Millionen für 20.500 Säuglingswäschepakete (1963: 19.000 Pakete). Die Heime für Kinder und Jugendliche werden mit einem Aufwand von 98 Millionen betrieben. Für die Instandhaltung der Gebäude stehen 3,3, für bauliche Herstellungen 19,2 Millionen Schilling zur Verfügung. Die Fortsetzung des Umbaus der Kinderübernahmestelle wird 1,5 Millionen erfordern. für die Modernisierung und den Umbau des Heimes Lindenhof werden zwei Millionen benötigt. Der Neubau des Heimes für Körperbehinderte in Mauer wird mit acht Millionen, der Bau von zwei Gesellenheimen mit 4,8 Millionen weitergeführt.

Die Verpflegskosten für die Pflegekinder der Stadt Wien werden 36,5 Millionen, das sind um 2,5 Millionen mehr als heuer, erfordern. Es wird mit 745 Pflegekindern in Wien, 525 in den Bundesländern und 1.870 in fremden Anstalten gerechnet.

Die Ausgaben für die Kindertagesheime sind mit 140 Millionen veranschlagt. Die bauliche Erhaltung der bestehenden Heime wird sieben Millionen, die Neubauten werden 22,4 Millionen kosten. Für die Weiterführung und Fertigstellung von 14 Kindergärten und einer Tageserholungsstätte sind 15,6, für den Neubau von zwei Kindergärten und einer Tageserholungsstätte 3,2 und für verschiedene bauliche Herstellungen 3,5 Millionen Schilling vorgesehen. In der Erholungsfürsorge wird mit 237.000 Verpflegstagen gerechnet. Der Aufwand der Erwachsenenfürsorge steigt weiterhin und wird 147 Millionen betragen. In den Pensionistenklubs wird mit einer Besucherzahl von 5.400 Personen gerechnet, wodurch die Kosten auf 3,8 Millionen steigen. Wegen der Richtsatzserhöhung und Verbesserung der wirtschaftlichen Tuberkulosenhilfe werden für Dauerunterstützungen trotz Absinkens der Zahl der Unterstützten um schätzungsweise 300 Personen 67 Millionen Schilling benötigt werden. Neu veranschlagt ist die Ausfallhaftung für Wiener Pensionistenheime in der Höhe von 800.000 Schilling. Der Durchschnittsstand der Blinden wird für 1964 auf 3.240 geschätzt, die 20 Millionen Schilling an Blindenbeihilfen erhalten werden.

Wohlfahrts- und Krankenanstalten

Die in den Verwaltungsgruppen IV und V geführten Wohlfahrts- und Krankenanstalten (ohne Heime für Kinder und Jugendliche) rechnen mit Gesamtausgaben von 1.472,6 Millionen. Werden hievon die veranschlagten Einnahmen von 669,7 Millionen abgerechnet und der Rest von 802,9 Millionen Schilling um die auf den eigenen Fürsorgeverband entfallenden Pflegegebühren von 63,2 Millionen erhöht, ergibt sich ein Aufwand von 866,1 Millionen Schilling, der aus Steuermitteln getragen werden muß.

Der Personalaufwand für die insgesamt 14.653 Bediensteten (1963: 14.567) in den Wohlfahrts- und Krankenanstalten wird 826,5 Millionen betragen. Die Instandsetzung der Gebäude erfordert 38,1 Millionen. Für Verbrauchsmaterialien, wie Lebensmittel, Arzneien,

Verbandstoffe, Brennstoffe, Gas und Strom werden 241,7 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Mit einem Aufwand von 171,9 Millionen Schilling für bauliche Herstellungen sollen folgende größere Vorhaben begonnen, fortgesetzt oder beendet werden: der Umbau des Pavillons XI im Altersheim Lainz, der Neubau der Zentralheizung im Altersheim Baumgarten, die Errichtung eines Kinderpavillons, der Umbau des Pavillons Hermann in der Lungenheilstätte Baumgartner Höhe, die Erweiterung des Wilhelminenspitales mit 23 Millionen, der Neubau des Pavillons H im Franz Josef-Spital, der Neubau der Krankenanstalt Rudolfstiftung mit 17 Millionen und die Fertigstellung der Prosektur im Elisabeth-Spital. Für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses sind 50 Millionen, für die Sanierung des alten Teiles der Anstalt 6,6 Millionen und für das sogenannte Kliniker-Programm, die bauliche Verbesserung einiger Abteilungen 5,3 Millionen Schilling vorgesehen. Im Psychiatrischen Krankenhaus werden im Pavillon 24 die Heizung umgebaut und die Elektroversorgungsleitungen erweitert.

Für Inventaranschaffungen stehen 40 Millionen zur Verfügung, davon neun Millionen für die Ausstattung der Erweiterungsbauten im Wilhelminenspital und drei Millionen für die Einrichtung des neuen Schwesternheimes in der Krankenanstalt Rudolfstiftung, zwei Millionen sind für die Beschaffung eines Kobalt-Bestrahlungsgerätes im Wilhelminenspital und drei Millionen als erste Rate für die Errichtung einer Betatron-Bestrahlungsanlage im Krankenhaus Lainz bestimmt.

2.71 Milliarden für das Baugewerbe und die Baunebengewerbe

Die Verwaltungsgruppe VI (Bauangelegenheiten) beansprucht mit 1,478,589.600 Schilling die höchste Ausgabensumme aller Verwaltungsgruppen. Die Steigerung gegenüber 1963 beträgt nicht weniger als 53,832.500 Schilling beziehungsweise 3.8 Prozent.

Werden die aus den einzelnen Verwaltungsgruppen für die Sicherung der Vollbeschäftigung im Baugewerbe und in den Baunebengewerben in Betracht kommenden Ansätze zusammengezogen, ergibt dies eine Summe von 2.715,847.000 Schilling (1963: 2.528,035.000 Schilling).

Mit den für den Wohnhausbau bereitgestellten Mitteln in Höhe von 821 Millionen soll neben der Fortsetzung beziehungsweise Fertigstellung der in den Vorjahren begonnenen Bauten der Baubeginn von 4.000 Wohnungen in der herkömmlichen Bauweise ermöglicht werden. Außerdem werden 1.000 Wohnungen nach dem Montagebauverfahren errichtet. Die in der Verwaltungsgruppe II veranschlagten Mittel für die Wohnbauförderung 1954 (249 Millionen) und für die Zusatzdarlehen zu den Darlehen aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds (100 Millionen) ermöglichen den Bau von weiteren 4.400 Wohnungen. Das ergibt zusammen 9.400 Wohnungen.

Im Straßenbau sind mit 163,7 Millionen folgende größere Projekte vorgesehen: drei Millionen für die Albertina-Passage, vier Millionen für die Grünbergstraße, drei Millionen für den Flötzersteig, fünf Millionen für die Donaukanalstraße von der Wasserleitungsstraße bis zur neuen Donaukanalbrücke, sechs Millionen für die Leipziger Straße bis zur dritten Donaubrücke, fünf Millionen für die Adalbert Stifter-Straße, drei Millionen für die Lorenz Müller-Gasse, sechs Millionen für den Anschluß der dritten Donaubrücke bis Prager Straße und drei Millionen für die Erzherzog Karl-Straße. Für Oberflächenbehandlungen und Teppichbeläge an Fahrbahnen und Gehsteigen sind zwölf Millionen Schilling veranschlagt.

Auch im Brücken- und Wasserbau werden bedeutende Investitionsbeträge bereitgestellt. Von 157 Millionen für bauliche Herstellungen entfallen auf die dritte Donaustrombrücke 25 Millionen, auf die Straßenbrücke über den Donaukanal in Verlängerung der dritten Strombrücke vier Millionen, auf die Straßenbrücke in Verlängerung des Döblinger Gürtels zur Adalbert Stifter-Straße 20 Millionen, auf die Hietzinger Brücke fünf Millionen, auf die Albertina-Passage 3,5 Millionen, auf die Unterführung Lastenstraße 25 Millionen, auf den Gürtelausbau zwischen Flurschutzstraße und Südtiroler Platz 12,5 Millionen und auf die Brücke über das Wienfluß-Rückhaltebecken und die Westbahn im Zuge des Flötzersteiges fünf Millionen. Im Schutzwasserbau wird die Liesingbachregulierung mit 3,9 Millionen fortgesetzt. Die Anlagen für Abwasserbeseitigung und für die Tankerreinigung im Hafen Lobau werden 9,1 Millionen kosten.

Die Ausgaben für die Gärten steigen weiterhin und erreichen einen Betrag von 156 Millionen. Die Erhaltung der Grünanlagen, deren Ausmaß von Jahr zu Jahr zunimmt, ist mit zehn Millionen veranschlagt. Für neue Gärten und Grünanlagen sind 76 Millionen präliminiert. Davon entfallen allein 50 Millionen auf die Errichtung des Donauparks und acht Millionen auf die Kosten der WIG 64. Je zwei Millionen werden für die Ausgestaltung der Donaukanalufer und die gärtnerische Ausgestaltung des Volksparkes Laaer Berg verwendet. Der Rest verteilt sich auf verschiedene Anlagen, die sich über das gesamte Stadtgebiet erstrecken.

Die Öffentliche Beleuchtung wird 37,5 Millionen erfordern, für den Neu- und Umbau sind 17,1 Millionen vorgesehen. Davon sind fünf Millionen als erste Rate eines auf fünf Jahre anberaumten Programmes für die Verbesserung der Beleuchtung in den Hauptstraßen Wiens eingesetzt.

Die Friedhöfe rechnen mit Einnahmen von 70,4 Millionen, und mit Ausgaben von 71,4 Millionen Schilling. Für die Ausgestaltung und den Umbau verschiedener Friedhöfe werden 5,1 Millionen eingesetzt.

Die Erhaltung und der Betrieb von Anlagen für Verkehrsregelung und Verkehrsschutz erfordern 4,5 Millionen, der Neubau und der Ausbau von Verkehrsanlagen 20 Millionen.

Mit 11,7 Millionen werden die Stadtforste neben der Bewirtschaftung der Wienerwaldforste die Ausgestaltung der Wälder als Ausflugs- und Erholungsgebiete fortsetzen.

Der Betrieb Kanalisation sieht für die Kanalisierung städtischer Wohnhausanlagen elf Millionen und für sonstige Kanalbauten 33 Millionen vor. Die Erhaltung des Kanalnetzes wird 17 Millionen kosten.

Für die Aufgaben der Wasserwerke sind 312,8 Millionen veranschlagt. Davon sind 55 Millionen für die Erhaltung der baulichen Anlagen bestimmt. Allein für die Erhaltung und Reinigung der Wasserleitungsanlagen werden 41,9 Millionen ausgegeben. Die mit 82 Millionen angenommenen Ausgaben für bauliche Herstellungen enthalten folgende größere Vorhaben: dritte Wiener Wasserleitung vier Millionen, Grundwasserwerk Lobau mit Transportleitungen: 20 Millionen, Ausbau des Rohrnetzes 15 Millionen,

Umbau der Zentrale der Wasserwerke in der Grabnergasse sechs Millionen. Mit einem Betrag von 3,8 Millionen wird die Anschaffung von Wassermessern, Maschinen und anderem Inventar ermöglicht, drei Millionen sind für Grunderwerbungen zum Schutze der Quellgebiete veranschlagt.

Die Bäder erwarten Ausgaben von 85 Millionen. Aus der Reihe der baulichen Herstellungen sind die Fortsetzung des Baues des Floridsdorfer Hallenbades mit 20 Millionen und der Schwimmhalle im Theresienbad mit sieben Millionen hervorzuheben.

Die Ausgaben für die Straßenreinigung und den Fuhrpark werden mit 283 Millionen um 19 Millionen geringer sein als im Vorjahr. Für die Fertigstellung der Müllverbrennungsanlage auf dem Flötzersteig sind noch 11,5 Millionen notwendig. Die Planungsarbeiten für die zweite Müllverbrennungsanlage erfordern eine Million. Für den Bau von Bedürfnisanstalten werden 3,5 Millionen aufgewendet. Für die Erneuerung des Fahrparkes, den Ankauf von Maschinen, Mülltonnen und sonstigem Inventar sind 15 Millionen vorgesehen.

Vom Gesamtaufwand für das Wohn-, Siedlungs- und Kleingartenwesen in der Höhe von 370,5 Millionen entfallen auf die städtischen Wohnhäuser 342 Millionen. Der ständig steigende Erhaltungsaufwand, der durch die jährliche Zunahme des städtischen Wohnhausbesitzes aber auch durch Preiserhöhungen verursacht wird, erreicht bereits eine Höhe von 80 Millionen. Für die Durchführung der Modernisierung von Kleinwaschküchen werden für die Anschaffung von Waschautomaten vier Millionen bereitgestellt. Für den nachträglichen Einbau von Aufzügen in schon bestehende Gemeindebauten sind 7,5 Millionen Schilling vorgesehen. Die Wäschereien und Badeanlagen in städtischen Wohnhausanlagen benötigen 600.000 Schilling für die Erneuerung von Heizanlagen. Für die Fertigstellung der Heizanlage in der Obdachlosen-Herberge, 12, Kastanienallee, werden 1,5 Millionen Schilling benötigt. Für Kredite an Siedler und Kleingartenvereine sind 800.000 Schilling eingesetzt.

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe für Wirtschaftsangelegenheiten betragen 174,7 Millionen. Das Ansteigen des Sachaufwandes ist in erhöhten Ausgaben für Beheizung, Gas und Strom, für den Transport von Ausstellungsgut sowie mit Inventaranschaffungen für

die Wiener Internationale Gartenschau 1964 und für das neue Bürohaus in der Ebendorferstraße begründet.

Den Ausgaben der Bäckerei von 9,4 Millionen stehen **Einnahmen** von 10,1 Millionen gegenüber. Durch den Verkauf von Backwaren an Wohlfahrts- und Krankenanstalten wird trotz des gegenüber privaten Bäckereien billigeren Preises ein Gewinn von 700.000 Schilling erzielt.

Die Märkte brauchen 57,7 Millionen Schilling, davon entfallen auf die Erhaltung der baulichen Anlagen 2,4, auf Verbrauchsmaterialien 4,7, auf bauliche Herstellungen acht Millionen Schilling. Für den Umbau des Hannovermarktes sind sechs Millionen vorgesehen. Der Bau des Marktes Nothnagelplatz ist in Planung, wofür 100.000 Schilling veranschlagt wurden.

Für die Schlachthöfe sind Ausgaben in Höhe von 33,8 Millionen vorgesehen. Die Erhaltung der baulichen Anlagen erfordert dort 3,2 Millionen. Von den 1,3 Millionen für bauliche Herstellungen entfallen auf den Rinderschlachthof 755.000 Schilling, auf die Fortsetzung des Einbaues einer Schlachtstraße auf dem Schweineschlachthof 100.000 Schilling, auf den Auslandsschlachthof 220.000 Schilling, und auf die Tierkörperverwertung 300.000 Schilling für die Neugestaltung des Bades und der Umkleideräume.

In der Verwaltungsgruppe für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten wird mit Ausgaben von 409,796.000 Schilling gerechnet, das sind um 47 Millionen mehr als heuer. Allein die Grunderwerbungen sind mit 180 Millionen Schilling veranschlagt.

Die Feuerwehr der Stadt Wien wird 113 Millionen ausgegeben, davon mehr als sieben Millionen für bauliche Herstellungen, wovon folgende größere Vorhaben zu nennen sind: Neubau der Feuerwachen Leopoldstadt, Stadlau und Liesing. Ferner Arbeiten in verschiedenen Feuerwachen und Planungen von Neubauten. Um dreieinhalb Millionen werden sechs Tanklöschfahrzeuge und einige andere Kraftfahrzeuge, Maschinen und Geräte gekauft werden.

Für die Wiener Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen 1964 wurde ein Betrag von sechs Millionen Schilling bereitgestellt.

Der Beitrag für die Kosten der Bundespolizei wird wieder 97,6 Millionen betragen.

Die Wiener Stadtwerke im Jahre 1964

=====

28. November (RK) Stadtrat Schwaiger referierte über die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für das kommende Jahr.

Der Voranschlag der Wiener Stadtwerke für 1964 weist bei einem Gesamtaufwand von 3.786,5 Millionen Schilling und Gesamterträgen von 3.701,7 Millionen Schilling einen Abgang von 84,8 Millionen Schilling aus, das sind 2,29 Prozent des Gesamtaufwandes.

Im Jahre 1963 standen den Gesamtaufwendungen von 3.472,4 Millionen Schilling Gesamterträge von 3.467,3 Millionen Schilling gegenüber, der Abgang betrug 5,1 Millionen Schilling oder 0,15 Prozent. Demnach ist der Voranschlag für 1964 um 79,7 Millionen Schilling ungünstiger als der für das Jahr 1963. Gegenüber den Rechnungsabschlüssen für 1961 mit einem Abgang von 36,9 Millionen Schilling und für 1962 mit einem solchen von 7,7 Millionen Schilling ist der Voranschlag für 1964 um 47,9 Millionen Schilling bzw. um 77,1 Millionen Schilling ungünstiger. Diese Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Wiener Stadtwerke ist auf die Lohn- und Gehaltserhöhung im Jahre 1963 zurückzuführen, die den Wiener Stadtwerken nach dem derzeitigen Stand der Verhandlungen für 1964 mindestens 134 Millionen Schilling zusätzliche Lasten bringen wird. Während die E-Werke und Gaswerke wie auch die Städtische Bestattung die auf sie entfallende Erhöhung aus eigenen verkraften können, sind die Verkehrsbetriebe leider nicht in der Lage, diese neue Belastung aufzufangen.

Die Summe der Erträge der einzelnen Teilunternehmungen steigt gegenüber dem Budget 1963 um insgesamt 292,9 Millionen Schilling, wobei an Mehrerträgen 184 Millionen Schilling auf die E-Werke, 97 Millionen Schilling auf die Gaswerke, 4,6 Millionen Schilling auf die Verkehrsbetriebe und 7,3 Millionen Schilling auf die Bestattung entfallen.

Der Aufwand gegenüber 1963 steigt bei den E-Werken um 145 Millionen Schilling, bei den Gaswerken um 72,9 Millionen Schilling, bei den Verkehrsbetrieben um 147,7 Millionen Schilling

und bei der Bestattung um sieben Millionen Schilling, also insgesamt um 372,6 Millionen Schilling. Aus der Differenz zwischen dem Mehraufwand von 372,6 Millionen Schilling und dem Mehrerlös von 292,9 Millionen ergibt sich die vorhin angeführte Verschlechterung um 79,7 Millionen Schilling gegenüber dem Vorschlag für 1963.

Die E-Werke werden 1964 an die Verkehrsbetriebe 90 Millionen Schilling an Subventionen leisten müssen (1963: 80 Millionen Schilling), die Gaswerke 60 Millionen Schilling (1963 ebenfalls 60 Millionen Schilling), die Hoheitsverwaltung leistet 1964 leider nur mehr einen Zuschuß von 50 Millionen Schilling (1963 waren es 100 Millionen Schilling). Die Städtische Bestattung gewährt den Verkehrsbetrieben ein Darlehen von sieben Millionen Schilling, welches im Finanzplan ausgewiesen wird.

Die E-Werke weisen einen Gewinn von 117,3 Millionen Schilling, die Gaswerke einen solchen von 20,8 Millionen Schilling, die Verkehrsbetriebe jedoch einen Abgang von mehr als 223,4 Millionen Schilling, die Bestattung hingegen wieder einen Gewinn von 0,5 Millionen Schilling aus. Würden die im Erfolgsplan enthaltenen Subventionen und der Zuschuß seitens des Magistrates nicht gewährt werden, dann würden sich folgende Überschüsse bzw. Abgänge ergeben:

Die E-Werke würden mit einem Gewinn von 207,3 Millionen Schilling, die Gaswerke mit einem solchen von 80,8 Millionen Schilling, die Verkehrsbetriebe mit einem Verlust von 423,4 Millionen Schilling und die Bestattung mit einem Gewinn von 0,5 Millionen Schilling abschließen.

Vergleicht man den Abgang der Verkehrsbetriebe ohne Subvention und Zuschuß für 1964 per 423,4 Millionen Schilling mit jenem pro 1963 per 320,3 Millionen Schilling, so ergibt sich eine Zunahme von 103,1 Millionen Schilling, davon entfallen schon allein 80 Millionen Schilling auf den Personalsektor, 3,5 Millionen Schilling auf das höhere Entgelt an die ÖBB für die Personenbeförderung auf der Schnellbahn, der Rest auf verschiedene Aufwandsposten.

Produktions- und Leistungsannahmen

Die E-Werke rechnen 1964 mit einer Steigerung des Stromverkaufes um 175 Millionen Kilowattstunden auf 2.297 Millionen Kilowattstunden, das ist um 8.2 Prozent höher als 1963.

Die Gaswerke veranschlagen für 1964 eine zu erwartende Gasabgabemenge von 750 Millionen Kubikmeter, das ist um 80 Millionen Kubikmeter oder rund zwölf Prozent mehr als für 1963 angenommen wurde.

Bei den Verkehrsbetrieben ist der Frequenzrückgang zum Stillstand gekommen, für 1964 werden auf der Straßenbahn 454 Millionen (1963: ebenfalls 454 Millionen) und auf dem Autobusbetrieb 20,7 Millionen Fahrgäste (1963: 21 Millionen) also zusammen 474,7 Millionen Fahrgäste angenommen.

Die Städtische Bestattung hat entsprechend der Normalsterblichkeit die Ansätze der Bestattungsfälle gegenüber den Ansätzen des Vorjahres fast unverändert mit 27.600 Fällen angenommen.

Personalstand der Wiener Stadtwerke

Die Wiener Stadtwerke rechnen für das Jahr 1964 insgesamt mit 19.577 Bediensteten (inklusive Jugendliche), von denen 3.990 auf die E-Werke, 2.235 auf die Gaswerke, 12.779 auf die Verkehrsbetriebe und 573 (inklusive fallweise Beschäftigter) auf die Bestattung entfallen. Gegenüber den Ansätzen für 1963 ergibt sich eine Vermehrung des Personalstandes um 27 Bedienstete. Im einzelnen weisen die E-Werke eine Verminderung um 18 Bedienstete, die Gaswerke eine Zunahme um 25, die Verkehrsbetriebe eine Zunahme um 25 und die Bestattung eine Verminderung um fünf Bedienstete auf. In den Personalständen der Teilunternehmungen sind insgesamt 123 kaufmännische Lehrlinge enthalten.

Bei den Pensionisten ist eine Reduzierung um 412 von 19.224 auf 18.812 angenommen. Der Gesamtstand an Aktiven und Pensionisten wird somit im Jahre 1964 38.389 gegen 1963 mit 38.774, somit um 385 weniger umfassen. Der tatsächliche Stand der Aktiven und Pensionsparteien, ermittelt per 31. Oktober 1963, ist folgender: 18.692 Aktiven stehen 19.073 Pensionsparteien gegenüber, wobei bei den Gaswerken und Verkehrsbetrieben auf 100 Aktive 111 Pensionsparteien entfallen.

Investitionen

Der Investitionsplan der Wiener Stadtwerke sieht für das Jahr 1964 Investitionen im Betrage von 867,9 Millionen Schilling vor, von denen vorderhand 47,2 Millionen gesperrt werden müssen, sodaß nur 820,7 Millionen Schilling an freien Beträgen zur Verfügung stehen.

Die Elektrizitätswerke werden im laufenden Jahr 1963 512,6 Millionen Schilling für Investitionen ausgeben und planen für 1964 Investitionen in der Höhe von 534,8 Millionen Schilling, von denen jedoch 41,3 Millionen Schilling gesperrt werden müssen, sodaß an freien Beträgen 493,5 Millionen Schilling zur Verfügung stehen, die sich auf folgende Gruppen verteilen:

Ausbau der Kraftwerke (Simmering und Engerthstraße) 76,3 Millionen Schilling, Umspann- und Unterwerke 98,7 Millionen Schilling, Leitungsnetze 167 Millionen Schilling, von denen jedoch 33,4 Millionen Schilling unter Sperre liegen, Energieversorgung für die Verkehrsbetriebe 8,1 Millionen Schilling mit zwei Millionen Schilling Sperre, Ortsnetze 20,2 Millionen Schilling mit zwei Millionen Schilling Sperre, Kundendienst (Zähler, Zeitschalter) 21,1 Millionen Schilling mit vier Millionen Schilling Sperre, Sonstige Dienststellen, Transportmittel und Restzahlungen zusammen 12,9 Millionen Schilling. Im außerordentlichen Investitionsprogramm sind für die Weiterführung der Bauarbeiten der 100/110 MW Dampfanlage in Simmering 130 Millionen Schilling vorgesehen.

Entsprechend dem nach wie vor steigendem Stromverbrauch wird auch im Jahre 1964 der Bau von Umspann- und Unterwerken in forciertem Tempo fortgesetzt. Fertiggestellt werden das Umspannwerk Liesing sowie die Schaltstelle Gumpoldskirchen, fortgesetzt wird der Bau der Umspannwerke Gaudenzdorf, Leopoldstadt, Mariahilf, Michelbeuern, Währing sowie die Erweiterung der 110 kV-Anlage im Umspannwerk Süd.

Die Umschaltungen von Gleich- auf Wechselstrom werden voraussichtlich im Jahre 1964 beendet werden können.

Die Gaswerke konnten im laufenden Wirtschaftsjahr 1963 rund 176,7 Millionen Schilling für Neuanschaffungen ausgeben und planen für 1964 Investitionen in der Höhe von 157,4 Millionen Schilling, wovon sie zwei Millionen Schilling unter Sperre legen mußten, sodaß 155,4 Millionen Schilling an freien Beträgen zur

Verfügung stehen, die sich auf folgende große Gruppen verteilen: Für das Werk Simmering sind 27,3 Millionen Schilling, vorgesehen, für das Werk Leopoldau 32,7 Millionen Schilling, für das Straßenrohrnetz 79,1 Millionen Schilling, abzüglich der zwei Millionen Schilling Sperre, also 77,1 Millionen Schilling, für Gaszähler 16 Millionen Schilling und für sonstige Betriebsstellen, Betriebsgeräte und Kraftwagen 2,3 Millionen Schilling.

Da die Bevölkerung in zunehmendem Maße zur bequemen Raumheizung mit Gas übergeht und dadurch bei Einbruch der kälteren Jahreszeit der Gasverbrauch enorm gesteigert wird, sind die Gaswerke gezwungen, zur Bewältigung dieser Verbrauchsspitzen in Leopoldau wie in Simmering weitere Erzeugungsanlagen zu bauen. So werden im Werk Simmering die Anlagen V und VI, mit deren Bau bereits begonnen wurde, 1964 fertiggestellt. Im Werk Leopoldau wird voraussichtlich die Rundkipperanlage fertiggestellt werden können, die Errichtung einer Koksauflösungsanlage wird weitergeführt, ebenso der Bau einer Perox-Gasentschwefelungsanlage. Besonders hervorzuheben unter den Investitionen der Gaswerke ist der Anteil für das Straßenrohrnetz und Druckregler, wofür 77,1 Millionen Schilling frei zur Verfügung stehen. Hievon werden allein für Rohrauswechslungen 24 Millionen Schilling aufgewendet.

Die Verkehrsbetriebe hätten für das laufende Wirtschaftsjahr 1963 157,8 Millionen Schilling zur Verfügung. Infolge der im heurigen Jahr erfolgten Lohn- und Gehaltserhöhung, für die keine Bedeckung vorgesehen war, mußten die Verkehrsbetriebe intern Investitionen sperren, sodaß sie voraussichtlich nur 140 Millionen Schilling für Investitionen ausgeben können. Für das Jahr 1964 sind Investitionen in der Höhe von 170,7 Millionen Schilling vorgesehen, davon jedoch 3,9 Millionen gesperrt, sodaß 166,8 Millionen frei zur Verfügung stehen. Davon entfallen auf substanzerhaltende und verkehrsverbessernde Investitionen 90,7 Millionen Schilling. Groß ist im kommenden Jahr der Anteil der Investitionen, die durch Umbauten des Stadtbauamtes verursacht werden, und zwar insgesamt 55,6 Millionen Schilling. Im Rahmen des Fünf-Jahresplanes werden 1964 20,4 Millionen Schilling ausgegeben.

Im einzelnen sind für Gleisanlagen (Projekte der Verkehrsbetriebe) 20 Millionen Schilling vorgesehen, für Gleisanlagen, durch Umbauten der Magistratsabteilung 28 verursacht, 48,2 Millionen Schilling, wovon 20,4 Millionen Schilling allein für den Umbau der

Quellenstraße von der Favoritenstraße bis zur Triester Straße inklusive Gleisprovisorien am Matzleinsdorfer Platz benötigt werden. Weiter wird die Taborstraße von der Heinestraße bis zur Nordbahnstraße umgebaut, wofür acht Millionen Schilling bereitgestellt sind, das Gleisprovisorium Auerspergstraße-Museumstraße-Messeplatz wird 4,9 Millionen Schilling kosten, für die Unterföhrung der Donauländebahn an der Breitenfurter Straße sind 8,7 Millionen Schilling vorgesehen und die Fertigstellung der Gleisanlagen in der Erzherzog Karl-Straße wird noch 3,3 Millionen Schilling kosten.

Für die Fertigstellung des Umbaus der Stadtbahnhaltestelle Hietzing sind 1964 5,1 Millionen Schilling vorgesehen und im Zusammenhang mit dem Umbau der Lobkowitzbrücke ist der Neubau eines Stellwerkes für die Stadtbahn in Meidling notwendig geworden, das 2,3 Millionen Schilling kostet. Für den Ersatz für auszuscheidende überaltete Straßenbahnwagen sind 34,5 Millionen Schilling vorgesehen. Für die Fortführung des Umbaus des Bahnhofes Grinzing in eine Autobusgarage sind 1964 sechs Millionen Schilling ausgeworfen. Der Umbau der Stadtbahntriebwagen auf Totmanneinrichtung wird 1964 mit einer ersten Rate mit zehn Millionen Schilling begonnen. 10,4 Millionen Schilling sind für die Anschaffung großräumiger Autobusse für den Ersatz von Straßenbahnen bestimmt.

Der Finanzplan der Wiener Stadtwerke sieht ein Gelderfordernis von 1.243 Millionen Schilling vor, dem eine Geldbedeckung von 983 Millionen Schilling gegenübersteht, sodaß 260 Millionen Schilling unbedeckt sind. Durch die schon angeführten Sperrungen im Investitionsplan 1964 in der Höhe von 47,2 Millionen Schilling wird das unbedeckte Gelderfordernis auf 212,8 Millionen Schilling reduziert. Das nunmehr verbleibende offene Gelderfordernis von 212,8 Millionen Schilling soll durch Kreditaufnahmen im Laufe des Jahres 1964 abgedeckt werden, 100 Millionen Schilling wurden den Stadtwerken bis 31. März 1964 von Seiten der Finanzverwaltung bereits fest zugesichert, die restlichen 112,8 Millionen Schilling sollen im weiteren Verlauf des Jahres 1964 flüssig gemacht werden.

Zusammenfassung

Zusammenfassend muß gesagt werden, daß die Erstellung des Wirtschaftsplanes für 1964 mit sehr großen Schwierigkeiten ver-

hunden war. Die Belastungen auf dem Personalsektor, die das Jahr 1963 gebracht hat, stellen vor allem die Wiener Verkehrsbetriebe vor Probleme, die nur in enger Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung zu lösen sein werden.

Voraussetzung für die Erfüllung der vorliegenden Wirtschaftspläne ist schließlich, daß keine ins Gewicht fallende Bewegungen auf dem Lohn- und Preissektor eintreten.

- - -

Ab kommenden Mittwoch:Weihnachtsbaum auf dem Rathausplatz im Lichterglanz
=====

28. November (RK) Der 28 Meter hohe Weihnachtsbaum, der heuer vom Burgenland den Wienern zum Geschenk gemacht und bereits auf dem Rathausplatz aufgestellt wurde, wird am Mittwoch, dem 4. Dezember, in den späten Nachmittagsstunden festlich illuminiert werden.

Die Feier wird folgendermaßen vor sich gehen:

Ab 17.24 Uhr ertönen vom Carillon des Rathausturmes Weihnachtsweisen, gespielt von Paul Angerer. Währenddessen marschieren die Musikkapellen des Arbeitermusikvereines Neufeld und der Wiener Feuerwehr auf den Rathausplatz, wo auch der Haydn-Chor Eisenstadt Aufstellung nimmt. Ab 17.30 Uhr bringen beide Kapellen abwechselnd acht Musikstücke zum Vortrag, dann singt der Haydn-Chor die Volkslieder "O Tannenbaum, du trägst ein' grünen Zweig", "Als ich bei meinen Schafen wacht" und "Laufet ihr Hirten". Anschließend erlischt die kleine Rathausbeleuchtung und Otto Waceks "Fanfare" leitet zum Hauptteil der Feier über:

Der Landeshauptmann des Burgenlandes, Regierungsrat Josef Lentsch, begrüßt die Mitglieder des Stadtsenats und die Wiener Bevölkerung und betätigt die Taste, die 800 Lichter im Geäst der Riesenfichte aufflammen läßt. Während die burgenländische Landeshymne "Mein Heimatvolk" von Peter Zauner, vorgetragen von der Kapelle des Arbeitermusikvereines Neufeld und dem Haydn-Chor, gespielt wird, enthüllt der Landeshauptmann die Widmungstafel, auf der die Widmung des Weihnachtsbaumes als Zeichen herzlicher Verbundenheit zwischen dem Burgenland und der Bundeshauptstadt sowie die Wünsche für ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches Neues Jahr verzeichnet sind.

Bürgermeister Jonas bringt sodann den Dank der Stadt Wien zum Ausdruck. Drei Musikstücke, wieder von der Wiener und der burgenländischen Kapelle gespielt, und Weihnachtsweisen, die vom Carillon des Rathausturmes erklingen, bilden den Abschluß der Feierstunde.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zur feierlichen Entzündung der Lichter des burgenländischen Weihnachtsbaumes für Wien am Mittwoch, dem 4. Dezember, um 17.24 Uhr, Vertreter auf den Wiener Rathausplatz zu entsenden.

Musikveranstaltungen in der Woche vom 2. bis 8. Dezember

28. November (RK)

Montag, 2. Dezember:

- 18.00 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Vortrag Alexandra Fritsch "Eine Musikerin erlebt Afghanistan" (mit Lichtbildern)
- 19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus VI (Wiederholung des 4. Abonnementkonzertes des Niederösterreichischen Tonkünstlerorchesters); Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Riccardo Odnoposoff (Violine), Dirigent Mihai Brediceanu (Respighi: Fontane di Roma; Sibelius: Violinkonzert; R. Strauss: Eine Alpensymphonie)
- 19.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Wiener Konzerthausgesellschaft: 2. Konzert im Zyklus III; Ensemble "Concentus musicus" (Barockmusik auf alten Instrumenten)

Dienstag, 3. Dezember:

- 18.30 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Gitarre-Abend der Klasse Karl Scheit (Albeniz, Bach, Corelli, Giuliani, Sor, Lechthaler, Robinson, Torroba, Villa-Lobos)
- 19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Wiener Männergesangverein: Richard Wagner-Festkonzert anlässlich des 150. Geburtstages; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Sängerknaben vom Wienerwald, Dr. Rudolf Zimmer (Baß), Dirigent Karl Etti
- 19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Klavierabend Grete Scherzer, Deutschland (Bach: Präludium und Fuge cis-moll; Schubert: Sonate B-dur op. posth.; Debussy: 12 Préludes)
- 19.30 Uhr, Gr.K.H.Saal: Orchesterkonzert der Wiener Symphoniker, Dirigent Richard Beck, Paris (Beethoven: Coriolan-Ouverture op. 62; Haydn: Symphonie Es-dur Nr. 99; Martinu: Les Paraboles; Franck: Symphonie d-moll)

Mittwoch, 4. Dezember:

- 11.00 Uhr, Gr.K.H.Saal: Kulturamt - Theater der Jugend: 1. Aufführung des Tanzspiels "Das Waldfest"; Kindertanzkreis des Konservatoriums der Stadt Wien, Leitung Ilka Peter; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Dirigent Karl Hudez (für Schüler der zweiten Klassen)
- 19.00 Uhr, Musikakademie, 1, Singerstraße 26, Orgelsaal B: Akademie für Musik u.d.K.: Orgelabend der Klasse Anton Heiller (Sweelinck, Bach, Planyavsky, Heiller, Reger)
- 19.00 Uhr, Konservatorium, Konzertsaal: Konservatorium der Stadt Wien: Klavier-Übungsabend
- 19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Pariser Gitarre-Duo Ida Presti - Alexandre Lagoya (Händel, Scarlatti, Beethoven, Sor, Jolivet, Rodrigo, Castelnuovo-Tedesco)

19.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Wiener Konzerthausgesellschaft: 2. Konzert im Zyklus VII; Rheinisches Kammerorchester Köln, Leitung Thomas Baldner (Kelemen: 5 Essays; Seiber: Fantasie für Violine und Orchester; Pusseur: "Trait" für 15 Streicher; Bartók: Divertimento)

Donnerstag, 5. Dezember:

18.00 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Violoncello-Abend der Klasse Richard Krottschak (Bach, Brahms, Frescobaldi-Cassado, Marin, Popper, Michaly)

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 1. Konzert im Zyklus III A (Voraufführung des 1. Konzertes im Richard Strauss-Zyklus der GdM); Wiener Symphoniker, Wolfgang Schneiderhan (Violine), Dirigent Wolfgang Sawallisch (Brahms: Violinkonzert; R. Strauss: Sinfonia domestica)

19.30 Uhr, Gr.K.H.Saal: Akademie für Musik u.d.K.: Konzert junger Dirigenten und Solisten; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Gerlinde Lorenz (Sopran), Sissy Weisshaar und Peter Eflor (Klavier), Dirigenten: Ernst Dunshirn, Wolfdieter Maurer, Peter Schrottner und Friedrich Sin (Brahms, Verdi, Puccini, Korngold, Kodály, Krenek, Einem, Kaufmann)

19.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Klavierabend José Tordesillas, Madrid (Spanische Klaviermusik von Carbezon, Milan, Mudarra, Soler, Albeniz, Halffter, de Falla)

Freitag, 6. Dezember:

15.00 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Vortrag Aaron Copland "Die zeitgenössische Musik Amerikas" (in deutscher Sprache, mit Tonbeispielen)

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Österreichischer Gewerkschaftsbund: Voraufführung des 1. Konzertes im Richard Strauss-Zyklus der GdM; Wiener Symphoniker, Wolfgang Schneiderhan (Violine), Dirigent Wolfgang Sawallisch (Brahms: Violinkonzert; R. Strauss: Sinfonia domestica)

19.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Wiener Konzerthausgesellschaft: 3. Konzert im Zyklus V; Liederabend Kim Borg, am Flügel Dr. Erik Werba (R. Strauss, Sibelius, Kilpinen, Ravel)

19.30 Uhr, Radio Wien, Gr. Sendesaal: Österreichischer Rundfunk - Studio Wien: 4. Konzert im Zyklus III; Chor und Orchester von Radio Wien, Clara Reganzini-Guttman (Klavier), Dirigent Goffredo Petrassi (Casella: Concerto für Klavier, Streicher, Pauken und Schlagzeug op. 69; Malipiero: 1. Symphonie; Castiglioni: Sequenzi per orchestra; Petrassi: Noche oscura)

Samstag, 7. Dezember:

15.00 Uhr, Gr.M.V.Saal: Wiener Philharmoniker: Furtwängler-Gedächtniskonzert, Dirigent Carl Schuricht (Bruckner: 8. Symphonie c-moll)

- 18.00 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Klavierabend der Klasse Ada Roland (Bach, Haydn, Mozart, Beethoven, Chopin, Casella, Kabalewsky)
- 19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 1. Konzert im Zyklus III B (Voraufführung des 1. Konzertes im Richard Strauss-Zyklus der GdM); Wiener Symphoniker, Wolfgang Schneiderhan (Violine), Dirigent Wolfgang Sawallisch (Brahms: Violinkonzert; R. Strauss: Sinfonia domestica)
- 19.00 Uhr, Mozartsaal (KH): Bachgemeinde Wien: 3. Abonnementkonzert; Solisten, Chor und Orchester der Bachgemeinde, Dirigent Julius Peter (J.S. Bach: "Weihnachts-Oratorium")
- 19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Konzert der Wiener Sängerknaben, Dirigent Helmuth Froschauer (Motetten und Madrigale, weltliche Chöre und Volkslieder von Mozart, Schubert, Vivaldi, Gallus, Palestrina, Britten u.a.)
- 19.30 Uhr, Schubertsaal (KH): Chorkonzert der Angestellten in der Privatwirtschaft

Sonntag, 8. Dezember:

- 11.00 Uhr, Gr.M.V.Saal: Wiener Philharmoniker: Wiederholung des Furtwängler-Gedächtniskonzertes, Dirigent Carl Schuricht (Bruckner: 8. Symphonie c-moll)
- 11.00 Uhr, Wiener Stadthalle, Halle D: Kulturamt der Stadt Wien: 4. Konzert im Zyklus "Meisterorchester spielen Meisterwerke"; Wiener Symphoniker, Dirigent Hans Swarowsky (Nicolai: Overture zu "Die lustigen Weiber von Windsor"; Mozart: Haffner-Symphonie D-dur KV 385; Brahms: 1. Symphonie c-moll op. 68)
- 19.00 Uhr, Mozartsaal (KH): Bachgemeinde Wien: Wiederholung des 3. Abonnementkonzertes; Solisten, Chor und Orchester der Bachgemeinde, Dirigent Julius Peter (J.S. Bach: "Weihnachts-Oratorium")
- 19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Gesellschaft der Musikfreunde: 1. Konzert im Richard Strauss-Zyklus; Wiener Symphoniker, Wolfgang Schneiderhan (Violine), Dirigent Wolfgang Sawallisch (Brahms: Violinkonzert; R. Strauss: Sinfonia domestica)
- 19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Gesellschaft der Musikfreunde: Klavierabend Dianko Iliew (Mozart: Sonate a-moll KV 310; Beethoven: Mondschein-Sonate cis-moll op. 27/2; Debussy: Trois Préludes; Chopin: Nocturnes)

John Steinbeck bei Vizebürgermeister Mandl
=====

28. November (RK) Gestern nachmittag besuchte der berühmte amerikanische Schriftsteller John Steinbeck in Begleitung seiner Gattin und des amerikanischen Kulturattachés Lovegrove das Wiener Rathaus. Vizebürgermeister Mandl hieß den Gast herzlich willkommen und unterhielt sich mit ihm längere Zeit. Steinbeck, der sich auf einer Reise durch die Oststaaten befindet, berichtete dem Wiener Vizebürgermeister von seinen Eindrücken und Erfahrungen. Als Erinnerungsgabe an den Besuch im Rathaus konnte der amerikanische Gast sein Reisegepäck um ein Wien-Buch und einen Kristallaschenbecher vergrößern. Für die Gattin des Dichters gab es einen Blumenstrauß.

- - -

Neuer Wohnungstausch-Anzeiger
=====

28. November (RK) Die neueste Nummer des Amtlichen Wohnungstausch-Anzeigers ist soeben - 28 Seiten stark - erschienen. Der Wohnungstausch-Anzeiger enthält wie immer Tauschangebote aus sämtlichen Wiener Bezirken, in Spezialrubriken Tauschangebote von Hauswartwohnungen und Angebote aus den Bundesländern.

Der Wohnungstausch-Anzeiger ist um 1.50 Schilling in den Wiener Trafiken und im Tauschreferat, 1, Doblhoffgasse 6, erhältlich. Eine Einschaltung in die nächste Nummer, die am 16. Jänner erscheint, kann bis spätestens 2. Jänner im Tauschreferat vorgenommen werden.

- - -

Auch im Städtebau:

Der Mensch als Maß aller Dinge
=====

Bürgermeister Jonas eröffnete das Bauseminar des Städtebundes

28. November (RK) Im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses veranstaltet der Österreichische Städtebund vom 28. bis 30. November ein Bauseminar, das dem Gesamtthema "Städtebau und Stadtentwicklung" gewidmet ist. Den Vorsitz des Seminars führt Stadtbau-
direktor Dipl.-Ing. Dr. Koller, die fachliche Betreuung hat das Österreichische Institut für Bauforschung, die Organisation das Österreichische Bauzentrum übernommen.

Bürgermeister Jonas eröffnete heute früh das Seminar. Die Stadträte Heller, Lakowitsch und Sigmund nahmen seitens des Stadtsenates an der Eröffnungssitzung teil. In seiner Rede sagte der Bürgermeister:

"Für die an mich ergangene Einladung, dieses Seminar zu eröffnen, danke ich sehr. Ich entbiete Ihnen meine Grüße und verbinde damit die Feststellung, daß mich heute nicht nur meine Funktionen als Bürgermeister dieser Stadt und als Obmann des Österreichischen Städtebundes in Ihren Kreis führen. Das ist zwar der primäre Grund, aber ich gestehe, daß ich auch als Bürger dieser Stadt rein persönlich höchsten Anteil an diesem Seminar nehme.

Sie haben sich, wie ich dem Programm entnehme, viel vorgenommen; der Kreis dessen, was hier an Kenntnissen, Erfahrungen und Anregungen gegeben und empfangen werden soll, ist weit gezogen und verlangt von den Referenten ebenso viel Einfühlungsvermögen in das Gesamtkonzept dieses Seminars wie er von den Hörern Konzentration und Bemühen um eine Zusammenschau erfordert.

Die Bemühungen und der Wille, unsere Städte und Gemeinden in Zukunft nicht nur schöner und gesünder, sondern auch rationeller und damit wirtschaftlicher zu gestalten, bilden die gedankliche Basis für dieses Seminar, das unter dem Generalthema "Städtebau und Stadtentwicklung" steht. Die Aufgaben, die den Gemeinden nahezu aller Größenordnungen durch den Städtebau erwachsen, stellen eine verantwortungsbewußte Stadtverwaltung vor eine Reihe nur sehr schwer zu lösender Aufgaben. Um Fehlinvestitionen zu vermeiden, ist es daher unerläßlich, sich unter anderem auch die reichen Erfahrungen und Kenntnisse des Auslandes auf dem Gebiet des Städtebaues zu Nutzen zu machen.

Es erfüllt mich daher mit besonderer Freude und Genugtuung, daß es den Organisatoren dieses Seminars gelungen ist, neben führenden österreichischen Fachleuten auch hervorragende Experten des deutschsprachigen Auslandes als Referenten zu gewinnen.

Die Bemühungen um eine sowohl den Erfordernissen der Gegenwart als auch der Zukunft Rechnung tragende Planung und Gestaltung unserer Städte sollen durch das Streben gekennzeichnet sein, das Leben auch in den immer größer werdenden Gemeinden - trotz wachsender Verkehrsdichte, Lärmbelästigung und hektischer Betriebsamkeit - möglichst erträglich zu gestalten, wobei dem sozialen Moment auf jeden Fall der Vorrang einzuräumen ist.

Als früherer Amtsführender Stadtrat für das Bauwesen der Stadt Wien habe ich kurz nach dem zweiten Weltkrieg Gelegenheit gehabt, die Problematik des Städtebaues und der damit zusammenhängenden Fragen in meinem unmittelbaren Wirkungskreis kennenzulernen, und seitdem habe ich auch als Bürgermeister unserer Bundeshauptstadt zahlreiche Nutzenwendungen aus meinen damaligen Erkenntnissen gezogen. Eine von diesen Erkenntnissen erscheint mir so fundamental, daß ich sie auch Ihnen mit der Bitte ans Herz legen möchte, sie im Interesse der Menschen unserer Städte im Auge zu behalten und sie niemals augenblicklichen Schwierigkeiten zu opfern: Es ist die Erkenntnis, daß unser städtebauliches Bemühen nur sekundär auf die einzelnen Verwaltungszweige und Teilprobleme Rücksicht zu nehmen hat, primär aber immer auf den Menschen, der nie aufhören darf, das Maß aller Dinge zu sein. Gerade in der Gegenwart stehen etwa die Verkehrsprobleme im Vordergrund des Interesses der Öffentlichkeit, und es wird vielfach die verkehrsgerechte Stadt gefordert. Natürlich, dem Verkehr, um ein Beispiel auch für andere zu nennen, muß die ihm zukommende Bedeutung zugemessen werden, aber es ist zu wenig, eine verkehrsgerechte Stadt zu bauen. Was wir brauchen, wenn wir auch in der Zukunft bestehen wollen, ist die menschengerechte Stadt.

In diesem Sinne entbiete ich Ihnen die besten Grüße der Bundeshauptstadt und des Österreichischen Städtebundes. Ich danke Ihnen für Ihr Interesse, dem Österreichischen Bauzentrum sowie dem Österreichischen Institut für Bauforschung für die tätige Hilfe bei der Vorbereitung und bei der Organisation dieses Seminars, das ich mit dem Wunsch auf einen erfolgreichen Verlauf hiemit eröffne."

Städtebau in Theorie und Praxis - gestern und heute

Das heutige Programm des Bauseminars steht unter dem Motto "Städtebau in Theorie und Praxis - gestern und heute". Den einleitenden Vortrag hielt Prof. Dr. h.c. Ernst Egli, Zürich, über "Städtebauliche Tendenzen und Leitbilder zwischen dem Mittelalter bis zur Gegenwart in Europa, Asien und Amerika".

"Nach einer kurzen Erläuterung des Begriffes Leitbild befaßte sich Prof. Dr. Egli in diesem Referat mit Leitbildern des räumlichen Planens und Gestaltens in Besiedlung und Städtebau. Mit dem Hinweis darauf, daß die Leitbilder zweifellos in Umweltvorstellungen und in dem Verhalten des Menschen in seiner natürlichen Umgebung, das heißt, in den sogenannten Archetypen wurzeln, wandte er sich einer heute oft gestellten Frage zu, wie sich Leitbilder der Raumplanung mit der ultraliberalen Auffassung, jede Entwicklung der Auswirkung der zugrundeliegenden Kräfte ohne vorgefaßten Plan und Vorbild zu überlassen, vereinbaren lassen. Die Planung läßt sich aus dem Geschehen der sich immer mehr bevölkernden Erde nicht mehr wegdenken, wollte man die Entwicklung nicht dem Zufall und dem Chaos preisgeben. Damit aber behält die Arbeit an einem Leitbild der Planung auch in der Gegenwart ihren Sinn.

Als Beispiele historischer Leitbilder führte der Vortragende zunächst jenes der altindischen, vedischen Städte an; ihre Einzelheiten wie Richtungen, Umriß, Straßensystem, Verteilung der Quartiere, Anlage der Häuser sind dem Weltall, der Erde, den Einflüssen der Umwelt zugeordnet und in dieser Harmonie glückbringend. Dasselbe gilt für das chinesische Leitbild, das vom Urtypus der Fluchtstadt abgeleitet ist und bis zur Kolonialzeit wirksam bleibt. Anschließend verwies Prof. Dr. Egli auf das **römische castrum als Leitbild aller Städte des römischen Imperiums und auf die mittelalterlichen Stadtplantypen**. Die zahlreichen Idealentwürfe für Städte zur Zeit der Renaissance hingegen wurden kaum zu wirklichen Leitbildern. Die Gründe dafür sind: 1. Das Vorhandensein der Städte als Erbe früherer Jahrhunderte und 2. Die andersgearteten Interessen der feudalen und hierarchischen Oberschichten; sie machten die Stadt weniger zum Heim der Bevölkerung als zum Schauplatz ihrer Repräsentation und Selbstbespiegelung. So ent-

stand das Leitbild des barocken Städtebaues als monumentale Raumfolge von Straße, Platz und Monumentalbau zunächst in Italien, dann in Frankreich, in Deutschland und im übrigen Europa.

Als Beispiel eines außereuropäischen Städtebaues führte der Vortragende das islamische Quartier an, das Leitbild des islamischen Städtebaues, das im Aufbau der muslimischen Gesellschaft begründet ist.

Im zweiten Teil seines Referates wandte sich Prof. Dr. Egli der Gegenwart zu und befaßte sich mit den seit den Tagen der französischen Revolution aufgetauchten Leitbildern, die durch die Namen Ledoux, Huvé, Fritsch, Howard, die Bezeichnungen koordinierte Stadt, Trabantenstadt und Bandstadt, durch die Broad-acre-Stadt Wrights, die ville radieuse Corbusiers und die klimagerechte Stadt der großen Erdregionen des Vortragenden charakterisiert sind. Aber wie zur Zeit der Renaissance knüpft die Entwicklung nur zum Teil an diese Leitbilder an. Das Leitbild fast aller Entwicklungen ist die wachsende Stadt, die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts alles Geschehen beherrscht.

Das heutige Leitbild wird durch die Wissenschaft und die Technik, durch die soziale und wirtschaftliche Funktion der Gesamtstadt bestimmt, ihrer Zu- und Einordnung in die Gesamtbesiedlung angepaßt und durch die Arbeit unzähliger Planer, Städtebauer, Architekten, Verkehrstechniker, Soziologen usw. geklärt und gestaltet. Dieses Leitbild hat sich gegen sehr viele Widerstände vielfältigen Eigennutzes durchzusetzen, doch besteht kein Zweifel, daß am Ende die neue Stadt als gerechtes Heim, als gesunde Arbeitsstätte, als lebenswerte Umwelt in neuer Schönheit dastehen wird. Dies ist der Auftrag der Zeit an die lebende Generation."

Anschließend sprach Stadtbaurat Prof. Dr. Rudolf Hillebrecht, Hannover, über das Thema "Der Städtebau von heute im Umbruch". In diesem Referat hieß es unter anderem: "Stadtentwicklung und Städtebau betreffen den Umbruch und den Wandlungsprozeß in der Entwicklung unserer Städte und die Revision unserer städtebaulichen Vorstellungen, die auf Grund unserer Einsichten über die Ursachen und Auswirkungen der Stadtentwicklung neu zu erarbeiten und zu formen sind. Dem Städtebau fällt im Verhältnis zur Stadtentwicklung hierbei die dienende Rolle zu. Die selbstherrliche Stellung, in die der Städtebauer geraten ist und die ihn bisweilen

zu einem l'art pour l'art verführte, erweist sich in dieser Zeit des Umbruchs als trügerisch.

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts besteht keine Identität mehr zwischen Stadtentwicklung und Städtebau. In der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts werden die Städte zum Schauplatz wachsender Auseinandersetzungen zwischen Theorie und Wirklichkeit. Im Zeichen der 'zweiten industriellen Revolution' kommt es zu einer Vergrößerung des tertiären Beschäftigtensektors, daneben zu einem sinkenden Grad der reinen, direkten Erwerbstätigkeit; hingegen vergrößert sich die Anzahl der sogenannten "Mantelbevölkerung", die zu den Arbeitsplätzen gehört.

Die Folgen dieser Entwicklung sind einerseits ein wachsendes Angebot an Arbeitsplätzen in den Städten, andererseits - auch bedingt durch die modernen Verkehrsmittel - eine explosionsartige Zunahme der Wohnstätten an der Peripherie und im weiteren Umland der Städte.

Die Städtebauer versuchen dieser Entwicklung durch die Propagierung und Verwirklichung von Modellvorstellungen Herr zu werden; in England zum Beispiel wurden Trabantenstädte errichtet, die aber, anstatt die Bevölkerung vom alten Stadtzentrum abzu ziehen, ein Mehr an Arbeitsstätten in ihnen erzeugten; entscheidend ist aber für die Beurteilung einer großen Stadt weniger ihre Bevölkerungszahl als die Anzahl der Arbeitsplätze, die sie anbietet. Als einseitig haben sich auch die Gartenstädte und die von Le Corbusier propagierten Wohnhochhäuser im Grünen erwiesen; sie entsprechen der Vorstellung vom städtischen Leben nur teilweise; letztlich gilt dies auch für die Modellvorstellung von einer 'autogerechten', 'fußgängergerechten' oder 'familiengerechten' Stadt.

Von 'Bürgerstädten', von Städten bürgerschaftlicher Selbstverwaltung, von Orten, wo Humanität und Freiheit zuhause sind, kann bei den genannten Teillösungen nicht die Rede sein. Außerdem gehen die Modelle durchwegs von der Fiktion aus, es könnte und müßte an die Stelle der alten Städte etwas völlig Neues gesetzt werden. Es kann sich daher bei der Verwirklichung dieser Modellvorstellungen nur um vereinzelte Lösungsversuche handeln, von denen das allgemeine Geschehen in den Städten nicht berührt wird.

Die Soziologie und die Wirtschaftslehre haben uns die Möglichkeit gegeben, Analysen des tatsächlichen Geschehens vorzunehmen; diese haben gezeigt, daß der Stadtplaner mit verschiedenen Maßstäben zu arbeiten hat, um sowohl die Bedürfnisse des Individuums zu befriedigen als auch den Erfordernissen der gemeinschaftlichen Organisationsformen zu genügen.

Die Planung muß nicht nur das dicht besiedelte Zentrum, sondern auch die locker bebaute weitere Umgebung berücksichtigen. Dabei bietet sich eine neue, der tatsächlichen Entwicklung entsprechende Vorstellung an, die 'Stadtregion'. In diesem Begriff ist die Polarität von Stadt und Landschaft enthalten, die Teilmodelle sind zu einer Gesamtkonzeption erweitert.

Die Städte entwickeln sich zu Schwerpunkten größerer Wirtschaftsräume, in denen städtische und bisher ländliche Räume auch in sozialer und kultureller Hinsicht immer stärker integrieren. Innerhalb dieser 'Stadtregionen' wird es das Ziel einer städtebaulichen Ordnung sein, die übergeordneten Gesichtspunkte der Landesplanung und der Raumordnung und die Entwicklung der Stadtregion aufeinander abzustimmen und so zu lenken, daß die unangenehmen Nebenerscheinungen der Ballungsvorgänge auf ein menschenwürdiges Maß reduziert werden und die Stadtregion baulich zu einer neuen, besseren Stadtform umgewandelt wird.

Die alte Stadt mit ihrem Zentrum wird den Schwerpunkt der Stadtregion bilden; sie muß daher so leistungsfähig und vielseitig sein wie möglich. Neben diesem Zentrum werden Nebenzentren entstehen, in denen vor allem seine Dienstleistungsbetriebe, die nicht an einen zentralen Standort gebunden sind, unterzubringen sein werden. Es sollte also zu einer 'Dekonzentration der Flächennutzungen' kommen. Räumlich wird sich das als eine strahlenförmige Durchdringung der Stadtregion durch verschiedene Nutzungsfunktionen darstellen. Das gilt sowohl für die Verkehrsstränge als auch für den Wechsel der Erholungsgebiete mit bisher noch landwirtschaftlich genutzten Flächen.

Durch diese räumliche Aufteilung der einzelnen Aufgaben und durch eine Aufgliederung der Verkehrsfunktionen wird es gelingen, der Stadtregion von morgen diejenigen Aufgaben zu erhalten, die früher die kompakte Stadt zu erfüllen vermochte."

Zum Thema "Die wachsende Bedeutung der Grundlagenforschung für Städtebau und Stadtentwicklung" sagte Ing. Werner Jäger: "Vielfältige Probleme in den Städten erfordern eine Lenkung der räumlichen Entwicklung. Diese Lenkung ist Aufgabe der Stadt- bzw. Raumplanung. Die hierzu notwendige Planung für die Wohngebiete, Arbeitsstätten, Zentren, Verkehr, Grünflächen usw. greift zwangsläufig in alle Lebensbereiche der Bewohner der Siedlungsräume ein; sie muß den Anforderungen aller möglichst weitgehend Rechnung tragen. Der Planer ist daher gezwungen, den heutigen Zustand seines Planungsgebietes sowie dessen Entwicklung mit ihren tieferen Beweggründen zu kennen; er muß aber auch die künftige Entwicklung abschätzen können. Diese vielfältigen und umfangreichen Kenntnisse zu schaffen, ist die Gegenwartsaufgabe der Grundlagenforschung.

Innerhalb kleiner räumlicher Besiedlungseinheiten kann die persönliche Erfahrung der für die Planung Verantwortlichen den erforderlichen Überblick schaffen. Bei der Bestimmung des Entwicklungszieles einer Gemeinde innerhalb eines größeren Gebietes aber und in größeren Städten sowie bei der Planung von ganzen Regionen genügt dies heute nicht mehr - die Kenntnisse müssen durch verschiedene Fachleute und Spezialisten erst erarbeitet werden. Die Verflechtung der einzelnen Lebensbereiche wird durch die Kompliziertheit der Vorgänge immer stärker und unüberschaubarer. Dadurch wächst die Bedeutung der Grundlagenforschung ständig.

Grundlagenforschung für Stadtplanung und Stadtentwicklung geht daher jeder Planungsarbeit voraus, ihre Ergebnisse werden in allen Phasen der Planung benötigt. Gerade in der kommunalen Planungsarbeit ist sie in wachsendem Maße ein außerordentliches und unentbehrliches Werkzeug der Erkenntnisbildung für Mandatäre und Planungsfachleute, um Fehlplanungen zu vermeiden."

Den Schlußvortrag des heutigen Tages hielt Architekt Prof. Dr. Roland Rainer, Wien. Er befaßte sich mit "Gestaltungsfragen des zeitgenössischen Städtebaues". Prof. Dr. Rainer führte aus: "In den Großstädten des Industriezeitalters ist bis jetzt noch keine so überzeugende Übereinstimmung zwischen Form und Inhalt, Stadtbild und Gesellschaftsstruktur festzustellen, wie in vielen alten Städten, die offenbar in all ihren Zusammenhängen als Ganzes, als bewußt gestaltetes Raumgebilde entstanden sind. Die moderne Großstadt entsteht nach vorwiegend anderen Gestaltungsgesetzen, als eine Summe verschiedener technischer Einzelplanungen, die im

Rahmen einer Straßenplanung mit Hilfe von Fluchtlinien und einer Reglementierung der Bebauung durch Bauklassen ihren Platz finden. Diese Methoden gelten, obgleich neue Prinzipien sich durchzusetzen beginnen, für die große Masse der bestehenden Stadtteile bis in die letzte Zeit weiter. Ebenso sind die Tendenzen zur Bau- und Bodenspekulation durchaus lebendig geblieben. Ihre Ergebnisse stehen in mancher Beziehung denen der Jahrhundertwende nicht nach.

Diese Methoden reichen jedoch zur Gestaltung einer modernen Stadt mit ihren außerordentlich differenzierten Funktionen wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, technischer Art nicht aus. Man beginnt daher, neue Planungsmethoden an ihre Stelle zu setzen. Die sehr differenzierten Lebensvorgänge einer modernen Stadt verlangen nach einer ebenso differenzierten Art der städtebaulichen Gestaltung, für die schon durch entsprechende Flächenwidmungspläne die Grundlage geschaffen werden muß.

Dabei werden zwei entscheidende neue Entwicklungstendenzen besonders zu berücksichtigen sein: 1. Die außerordentliche Verstärkung der Citybildung infolge des Anwachsens der tertiären Wirtschaftsgruppen mit ihrem Bedarf nach zentralen, gut gelegenen Plätzen. 2. Die in ganz entgegengesetzter Richtung wirkende, durch den Autoverkehr gebotene Möglichkeit, Wohnstätten über sehr weite Räume zu streuen, mit allen daraus entstehenden Problemen der Pendelwanderung usw.

Die verstärkte Anziehungskraft der zentralen Bereiche führt zu immer stärkeren Überlastungen der Citygebiete, was nicht nur zu den bekannten Verkehrsschwierigkeiten, sondern auch zur Zerstörung historischer Stadtteile führt. Die Streuung der Wohnbebauung kann zur Zerstörung der Landschaft, der Erholungsräume im Umland der Großstädte führen.

Daher ist es nötig, nicht nur in neuen Wohnnachbarschaften möglichst selbständige Geschäfts- und Kulturzentren zu entwickeln, sondern auch die historischen Citygebiete durch neue Geschäfts-, Administrations- und Kulturzentren zu entlasten, wie das zum Beispiel in Wien schon vor hundert Jahren durch die Ringstraße und neuerdings in Hamburg geschehen ist. Aber auch im Planungskonzept Wien ist dies durch den Vorschlag, vier Nebencitys zu schaffen, berücksichtigt worden. Wenn solche neue Zentren einigen

Abstand von historischen Stadtteilen halten, werden hier Verwaltungshochhäuser und dergleichen der Silhouette der Stadt einen zeit- und funktionsmäßigen Ausdruck verleihen, ohne daß dadurch die historischen Stadtteile in Mitleidenschaft gezogen werden.

Andererseits muß in den Wohngebieten an die Stelle der zersplitterten Bebauung in der äußerst ungünstigen Form der "offenen Bauweise" die 'geschlossene Bauweise' gesetzt werden. Diese uralte und gleichzeitig moderne, infolge geringer Erschließungskosten sehr wirtschaftliche Bauweise führt fast von selbst zur Bildung geschlossener, geschützter und wohnlicher Räume menschlichen Maßes. Im Rahmen einer mittleren Dichte werden verschiedenartige Wohnformen für die verschiedenen Alters- und Familiengruppen Platz finden und eine entsprechend abwechslungsreiche Gestaltung ermöglichen.

Auch die überlieferten Straßenräume genügen dem äußerst differenzierten modernen Verkehr nicht mehr. Der gleichförmige Straßenraster der 'Gründerzeit' wird daher abgelöst durch ein reich differenziertes Verkehrssystem - von den anbaufreien, oft in verschiedenen Niveaus geführten Schnellstraßen bis zum Fußweg oder zum Fußgängerplatz, wie er in modernen Geschäftszentren wieder eine besondere Rolle spielt. Dies ist ein Hinweis darauf, daß historische Stadtteile im Sinne ihrer ursprünglichen Funktion als Fußgängerzonen für moderne Zwecke sehr brauchbar sein können, Forderungen des Denkmalschutzes also keineswegs in Konflikt mit moderner Stadtgestaltung gelangen müßten, sondern im Gegenteil vielmehr oft dieselben Ziele haben.

Als vermittelndes, gleichzeitig verbindendes und trennendes Element zwischen Verkehrsadern und Bebauung aller Art, aber auch als Erholungsflächen für ungehinderte Bewegung, sind Grünflächen in einem Umfang und von einer Widerstandsfähigkeit nötig, wie sie nicht durch gärtnerische Gestaltung dekorativen Charakters, sondern nur durch landschaftliche Gestaltung mit bodenständigen Pflanzengesellschaften, also durch Aufforstung, zu erreichen ist. Dadurch wird ganz von selbst der Charakter der Landschaft, in dem sich die Stadt entwickelt, gewahrt bleiben. Auch bei der Gestaltung der übrigen Einzelheiten ist eine überzeugende Rangordnung - die Unterordnung unter ein Gesamtkonzept - Voraussetzung dafür, daß eine differenzierte, moderne Stadt nicht chaotisch, sondern als Ausdruck der modernen Gesellschaft wirkt."

Friedrich Simony zum Gedenken
=====

28. November (RK) Auf den 30. November fällt der 150. Geburtstag des Geographen und Dachsteinforschers Friedrich Simony.

Er wurde in Hrachowtaintitz, Böhmen, geboren, mußte sich - früh verwaist - selbst durchbringen, konnte aber studieren und erwarb an der Wiener Universität den Magistergrad der Pharmazie. Der berühmte Naturforscher Jacquin ermunterte ihn auch zum Studium der Naturwissenschaften. 1840 trat Simony seine erste Alpenwanderung an. Sie führte ihn durch die Steiermark in das Salzkammergut bis in das Dachsteingebiet, das ihn bis zu seinem Lebensende nicht mehr losließ. Er kam bis auf den Gipfel des Gjaidstein, von wo er das Karlseisfeld zum erstenmal erblickte. In diesen Jahren wandte er sich der physikalischen Geographie als seinem endgültigen Arbeitsgebiet zu und begann auch mit seinen Zeichnungen nach der Natur, die ihm ein Mittel wissenschaftlicher Darstellung wurden. Die Eroberung der Dachsteinspitze, die Anlegung eines Steiges über die östliche Wand und die Errichtung der ersten Unterkunftshütte machten ihn bald überall bekannt. Simony konstruierte auch ein Lotgerät, mit dem er den Hallstätter See auslotete, und baute in Hallstatt eine Art Paläontologisches Museum auf. 1848 erhielt er die erste öffentliche Berufung als Kustos mit dem Auftrag, ein Museum in Klagenfurt einzurichten. Aber schon 1850 wurde er als Mitarbeiter der neu gegründeten Geologischen Reichsanstalt nach Wien geholt. Der Höhepunkt seines Lebens war jedoch die Bestellung zum ordentlichen Professor für Erdkunde der Wiener Universität. Im Studienjahr 1851/52 begannen seine Vorlesungen. Aber auch seine Wanderungen sowie seine Zeichner- und Sammlertätigkeit wurden fortgesetzt. Schließlich wandten sich seine Interessen in zunehmendem Maße der Fotografie zu. Die Bibliographie seiner Arbeiten umfaßt 216 Nummern. Die Veröffentlichungen behandeln die Gebiete Meteorologie, Botanik, Seenkunde, Geologie, Paläontologie, Glaziologie, Kartographie. Sehr geschätzt waren seine Bergbeschreibungen. Sein Hauptwerk "Das Dachsteingebiet" enthält neben dem Text einen Atlas, 24 Lichtdrucke und 52 Autotypen. Friedrich Simony ist am 30. Juli 1896 in Wien gestorben. Das Simony-Haus auf dem Dachstein und die Simonygasse im 18. Wiener Gemeindebezirk erinnern an diesen originellen Forscher.

Rindernachmarkt vom 28. November

=====

28. November (RK) Unverkauft vom Vormarkt: Inland: 1 Ochse, 3 Stiere, 1 Kuh, Summe 5. Neuzufuhren Inland: 11 Kühe; Polen: 16 Stiere, 22 Kühe, Summe 38. Gesamtauftrieb: 1 Ochse, 19 Stiere, 34 Kühe, Summe 54. Verkauft wurde alles.

Marktverkehr ruhig. Inlandrinder notierten zu Hauptmarktpreisen. Polnische Stiere notierten von 12.50 bis 12.80 S, polnische Kühe von 9.10 bis 9.50 S.

- - -

Schweinenachmarkt vom 28. November

=====

28. November (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 64, Polen 260, Rumänien 98, Gesamtauftrieb: 422. Verkauft wurde alles. Marktverkehr ruhig.

Polnische Schweine notierten von 13.40 bis 13.70 S, rumänische Schweine von 13.20 bis 13.40 S.

- - -

Pferdenachmarkt vom 28. November

=====

28. November (RK) Inland kein Auftrieb. Auslandsschlachthof: 32 Stück aus der CSSR (unverkauft vom Vormarkt), 15 Stück aus der CSSR (Neuzufuhr), verkauft zu 6 bis 7.80 S.

- - -

Empfang für die Teilnehmer der Eurovision-Nachrichtenkonferenz
=====

28. November (RK) Die in der Eurovision vereinigten europäischen Länder halten jährlich zwei Konferenzen ab, bei der die Chefs der aktuellen Dienste ihre Erfahrungen auf dem Gebiet der Nachrichtenübermittlung austauschen. Die letzte Konferenz wurde in Stockholm abgehalten. Gegenwärtig findet diese Internationale Nachrichtenkonferenz in Wien statt.

Anlässlich der Konferenz der Eurovision gab die Stadt Wien heute mittag einen Empfang im Rathauskeller. Vizebürgermeister Mandl begrüßte im Beisein von Stadtrat Maria Jacobi und Stadtrat Lakowitsch die Gäste. In seiner Begrüßungsrede sagte der Vizebürgermeister, er freue sich, daß Wien als Tagungsort gewählt wurde, wenn er auch glaube, daß die österreichische Bundeshauptstadt ein wenig dazu prädestiniert ist. Wien wurde 1945 die Stadt an der europäischen Grenze genannt. Alle internationalen Züge nach dem Osten hatten hier Endstation. Wir haben uns außerordentlich bemüht, aus dieser Randsituation herauszukommen, und die Entwicklung der letzten Zeit hat unseren Optimismus bestätigt. Die Grenzen sind - sehr vorsichtig zwar aber doch - geöffnet worden, und die gegenwärtige Konferenz beweist auf der anderen Seite, daß Wien von der europäischen Gemeinschaft nicht vergessen wird.

Im Namen der Gäste aus 14 europäischen Ländern und aus Amerika dankte der Vorsitzende der Konferenz, J.W. Rengelingk (Holland) für die freundliche Aufnahme im Wiener Rathaus.

- - -

Bevölkerungsstatistik für Oktober
=====

28. November (RK) Wie aus dem Monatsbericht des Statistischen Amtes der Stadt Wien hervorgeht, haben in Wien im Oktober 1.262 Brautpaare geheiratet. Ferner wurden 1.573 Lebendgeborene und 2.112 Sterbefälle registriert. Alle diese Zahlen liegen unter den Zahlen des gleichen Monats im Vorjahr, und zwar die Eheschließungen um 18, die Geborenen um 72 und die Gestorbenen um 51 Fälle.

Nach dem Bericht der Polizeidirektion sind im Oktober 13.477 Personen nach Wien zugewandert, 9.468 Personen haben Wien verlassen.

- - -

Wiener Verwaltungsaufwand nur 5.3 Prozent
=====

28. November (RK) Bei der "Budget-Pressekonferenz" im Presseclub Concordia wendete sich der städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Slavik eingangs gegen die Vorwürfe über den angeblich hohen Verwaltungsaufwand bei der Gemeinde Wien. Man darf nicht glauben, daß die Steuermittel zum größten Teil für Leute ausgegeben werden, die am Schreibtisch sitzen. Bei den Stadtwerken beträgt dieser Verwaltungsaufwand nur 2.2 Prozent, und auch bei der Hoheitsverwaltung macht er nur 8.7 Prozent aus. Im gesamten Bereich der Gemeinde Wien ergibt das bei Gesamtausgaben von elf Milliarden Schilling einen Verwaltungsaufwand von 5.3 Prozent.

- - -

Der 200.000. Teilnehmer:Österreichs Jugend lernt Wien kennen
=====

28. November (RK) Seit zwölf Jahren führte das Bundesministerium für Unterricht eine Aktion "Österreichs Jugend lernt ihre Bundeshauptstadt kennen" durch. Nun hat diese Aktion bereits 200.000 Teilnehmer erfaßt. Anlässlich dieser runden Zahl gab die Stadt Wien heute nachmittag in den Neuen Repräsentationsräumen des Rathauses einen Empfang für die Schüler des Bundesrealgymnasiums in Linz in der Khevenhüllerstraße, unter denen sich der Jubiläumsgast befand: Gerd Preßl, Schüler der 7 A-Klasse.

Vizebürgermeister Mandl begrüßte im Beisein der Stadträte Bauer und Sigmund, des Magistratsdirektors Dr. Ertl und des Amtsführenden Stadtschulratspräsidenten NR. Dr. Neugebauer die jungen Linzer im Wiener Rathaus. Der 200.000. Besucher erhielt einen Spargeschenkutschein der Zentralsparkasse auf tausend Schilling. Seine Klasse konnte als Jubiläumsgabe ein Magnetophon entgegennehmen.

- - -